



N i e d e r s c h r i f t
über die 1. - öffentliche - Sitzung
Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 2. Oktober 2020
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:	Seite:
1. Konstituierung der Enquetekommission	
- <i>Konstituierung</i>	3
- <i>Wahl der/des Vorsitzenden</i>	3
- <i>Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden</i>	3
- <i>Einleitende Worte der Vorsitzenden zur Aufgabe der Kommission</i>	4
- <i>Vorstellung der Mitglieder der Enquetekommission</i>	5
2. Erörterung von Verfahrensfragen, Sitzungstermine	13
3. Planung einer Anhörung im Rahmen eines Hearings im Januar 2021	17
4. Organisatorisches	19
5. Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse dieser Sitzung	21

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauruff (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
6. Abg. Hanna Naber (SPD)
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU)
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
13. Abg. Helge Limburg (i. V. d. Abg. Volker Bajus) (GRÜNE)
14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP)

Als stellvertretendes Mitglied nahm der Abg. Ulrich Watermann (SPD) an der Sitzung teil.

Externe Sachverständige:

Karl-Heinz Banse,
Dr. Florian Hartleb,
Falk Hensel,
Dagmar Hohls,
André Kwiatkowski,
Insa Lienemann,
Marion Övermöhle-Mühlbach,
Prof. Dr. Sebastian Unger,
Prof. Dr. Joachim Winkler.

Als stellvertretendes Mitglied nahm Dr. Thomas Krueger an der Sitzung teil.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wieseahn,
Regierungsrat Biela,

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.17 Uhr bis 11.57 Uhr

Tagesordnungspunkt 1:

Konstituierung der Enquetekommission

Konstituierung

Amt. Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur konstituierenden Sitzung der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ begrüße ich Sie - die von den Fraktionen benannten Mitglieder des Landtages und die nicht dem Landtag angehörenden externen Sachverständigen einschließlich der heute gegebenenfalls anwesenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter - sehr herzlich. Dem Kreis der externen Sachverständigen gehört auch Frau Reus an. Sie ist wissenschaftliche Sachbearbeiterin für den Bereich Engagementförderung bei der Stadt Hannover - an. Frau Reus hat sich zu einer Mitarbeit in der Enquetekommission bereit erklärt, sich jedoch für die heutige Sitzung entschuldigt.

Der Landtag hat die Einsetzung der Enquete-Kommission in seiner 78. Sitzung am 30. Juni 2020 beschlossen. Wir kommen heute zum ersten Mal zusammen, um im Hinblick auf den umfangreichen Arbeitsauftrag und den vorgegebenen Zeitrahmen die Arbeit aufzunehmen.

Als das älteste parlamentarische Mitglied dieser Kommission bin ich - in Anlehnung an die Funktion des Alterspräsidenten für die konstituierende Sitzung des Landtages - gebeten worden, diese Sitzung bis zur formalen Konstituierung der Enquetekommission zu leiten. Dieser Bitte komme ich selbstverständlich gerne nach.

Nach dem Einsetzungsbeschluss gehören von den 26 Mitgliedern der Kommission 15 dem Landtag an. Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Landtag hatten die SPD- und die CDU-Fraktion jeweils sechs Mitglieder benannt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion jeweils ein Mitglied. Die elf externen Sachverständigen der Kommission wurden nach einer Absprache unter den Fraktionen einvernehmlich ebenfalls von diesen benannt.

Aufgrund der zwischenzeitlichen Auflösung der AfD-Fraktion ist die Mitgliedschaft des von dort benannten Mitgliedes obsolet. Dem Landtag liegt für das Plenum der kommenden Woche ein Antrag aller Fraktionen vor, den Einsetzungsbeschluss dergestalt zu ändern, dass sich die An-

zahl der Kommissionsmitglieder auf 25 reduziert, wovon dann nur noch 14 dem Landtag angehören sollen.

Durch die entsprechenden Schreiben der Landtagspräsidentin sind wir zu Mitgliedern dieser Kommission berufen worden. Die als stellvertretende Mitglieder dieser Kommission benannten Mitglieder des Landtages haben ihre Berufungsschreiben ebenfalls erhalten. Im Namen der Präsidentin danke ich Ihnen - insbesondere den nicht dem Landtag angehörenden Mitgliedern - nochmals für die Bereitschaft zur Mitarbeit und den Willen, sich der uns übertragenen anspruchsvollen Aufgabe zu stellen. Eine aktuelle Übersicht über die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder liegt Ihnen vor, und ein Exemplar des Einsetzungsbeschlusses wurde Ihnen mit dem Berufungsschreiben übersandt.

Ich darf zunächst feststellen, dass wir beschlussfähig sind.

Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden

Wir kommen nun zur Wahl der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden. Zur Klarstellung an dieser Stelle der Hinweis, dass auch die nicht dem Landtag angehörenden Kommissionsmitglieder stimmberechtigt sind.

Mir ist der Vorschlag mitgeteilt worden, Frau Petra Tiemann von der SPD-Fraktion zur Vorsitzenden der Enquete-Kommission zu wählen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es gab weder Gegenstimmen noch Stimmenthaltungen. Damit stelle ich fest, dass Frau Petra Tiemann zur Vorsitzenden der Enquetekommission gewählt wurde.

Liebe Petra, herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche dir immer eine glückliche Hand bei der Leitung der Sitzungen der Enquetekommission.

Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden

Mir ist weiterhin mitgeteilt worden, dass Herr Eike Holsten von der CDU-Fraktion zum stellvertretenden Vorsitzenden vorgeschlagen wird. Wer dafür ist, dass Herr Eike Holsten stellvertretender Vor-

sitzender der Enquetekommission wird, den darf ich um ein Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass Herr Holsten einstimmig gewählt worden ist.

Herr Holsten, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe innerhalb dieser Enquetekommission. Ich wünsche Ihnen gemeinsam mit Frau Tiemann alles Glück der Welt, dass diese Enquetekommission ans Ziel kommt.

Damit hat sich die Kommission konstituiert. Damit ist meine Arbeit als ältestes Mitglied der Kommission an dieser Stelle beendet, ich übergebe die Sitzungsleitung an die Vorsitzende Frau Tiemann.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Zunächst möchte ich mich aber für das überwältigende Wahlergebnis bedanken. Ich hoffe, dass ich der Aufgabe als Vorsitzende gerecht werde, und bedanke mich für das Vertrauen, dass Sie mir schon einmal entgegengebracht haben.

Ich bedanke mich auch bei Herrn Kauhoff für die Eröffnung der Sitzung. Das hast du sehr souverän gemacht. Ich glaube, auch wir als Kommission insgesamt werden souverän arbeiten.

Einleitende Worte der Vorsitzenden zur Aufgabe der Kommission

Als Kommission haben wir uns sozusagen einen großen Bauchladen an Arbeit vorgenommen. Wir alle können uns Niedersachsen sicherlich nicht ohne Ehrenamt in den verschiedenen Bereichen vorstellen.

Der sogenannte gesellschaftliche Kitt in unserem wunderbaren Bundesland sind u. a. auch das Ehrenamt und das ehrenamtliche Engagement.

Wir mussten aber in den letzten Jahren Schlagzeilen zur Kenntnis nehmen wie „Feuerwehrkräfte sind im Einsatz angespuckt worden“ oder „Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind in ihrem Amt bedroht worden“. Viele Vereine, die insbesondere auch im ländlichen Raum eine große Bedeutung haben, können für ihre Vorstandsarbeit kaum noch komplette geschäftsführende Vorstände bilden, u. a. weil die Aufgaben so umfangreich und komplex geworden sind.

Der Landtag hat sich in dem Einsetzungsbeschluss für die Enquetekommission auf vier Ziele verständigt. Zunächst einmal geht es darum, zu schauen, wie es um das Ehrenamt in Niedersachsen bestellt ist und was wir insgesamt, auf jedweder Ebene - damit meine ich nicht ausschließlich nur die politische Ebene, sondern auch die gesellschaftliche Ebene - tun können.

Jeder von uns, der nur ansatzweise über das Ehrenamt nachdenkt, kommt sicherlich ohne Weiteres auf 20 bis 30 Begriffe bzw. Betätigungsfelder, um die wir uns kümmern müssen.

Vor uns steht eine sehr große Aufgabe. Aber ich glaube, wir werden dieser Aufgabe gerecht. An mir als Vorsitzender der Kommission soll es nicht liegen. Ich bin für jede und jeden von Ihnen jederzeit ansprechbar. Wir werden jeder Anregung - das darf ich sicherlich auch für meinen Stellvertreter sagen -, die unterbreitet wird, aufgeschlossen gegenüberstehen.

Besonders bedanken möchte ich mich bei unseren externen Expertinnen und Experten, die ich hiermit noch einmal besonders begrüße.

Im Kreis der Obleute haben wir lange darüber diskutiert, wessen Expertise benötigt wird und welche Expertinnen und Experten hinzugezogen werden sollten. Ihnen, die Sie sich bereiterklärt haben, als Mitglieder der Enquetekommission an diesem Thema mitzuarbeiten, gebührt unser Dank. Vielen Dank dafür, dass Sie sich bereiterklärt haben, bei diesem umfangreichen Thema mitzuwirken und Ihre Expertise einzubringen. Herzlich willkommen und Danke schön.

Dass die heutige Sitzung so gut vorbereitet ist, haben wir der Landtagsverwaltung zu verdanken. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Wir haben uns ja bereits konstituiert und werden gleich zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen. Zuvor aber noch zwei Hinweise.

Im Anschluss an diese Sitzung ist beabsichtigt, dass Sie seitens der Landtagsverwaltung praktische Informationen zur Durchführung einer Sitzung mittels Videokonferenztechnik erhalten. Die Videokonferenztechnik ist nicht nur vor dem Hintergrund von Corona zu sehen. Vielmehr wird sie sicherlich insbesondere auch für die externen Expertinnen und Experten, die zum Teil weite Anfahrtswege haben, eine gute Gelegenheit bieten, sich dazuzuschalten, ohne nach Hannover kommen zu müssen. Das gleiche gilt aber auch für die

Kolleginnen und Kollegen, die dem Landtag angehören.

Wer diese praktischen Informationen erhalten möchte, ist herzlich eingeladen, im Anschluss an die Sitzung noch kurz hier zu bleiben, um eine entsprechende Einführung durch die Landtagsverwaltung zu erhalten.

Bezüglich der Technik möchte ich Sie bitten, immer dann, wenn Sie sich zu Wort gemeldet und von mir das Wort erhalten haben, das Mikrofon zu nutzen, das sich vor Ihnen befindet, damit wir Sie gut verstehen können. Außerdem ist es wichtig, das Mikrofon zu aktivieren. Denn dies dient zum einen der Aufnahme für den Stenografischen Dienst. Herr Heuer wird die Enquetekommission als Stenograf begleiten. Außerdem werden Sitzungen als Videokonferenz in diesem Saal mittels Kamera aufgenommen. Deswegen ist es, auch wenn wir glauben, akustisch gut zu verstehen zu sein, wichtig, das Mikrofon zu aktivieren. Denn die Kamera dreht sich dann automatisch zu der oder dem Sprechenden.

Sicherlich ist es gut, wenn wir uns gegenseitig vorstellen, damit wir wissen, wer in welcher Position mit welcher Intention hier in der Kommission mitarbeitet.

Deshalb möchte ich den Mitgliedern der Fraktionen, aber auch den externen Expertinnen und Experten die Gelegenheit geben, sich vorzustellen.

Vorstellung der Mitglieder der Enquetekommission

Abg. **Kerstin Liebelt** (SPD): Ich komme aus Hemmingen, bin für die SPD-Fraktion für den Wahlkreis 35 - Springe, Hemmingen Ronnenberg und Wennigsen - zuständig. Meine Schwerpunkte hier im Landtag liegen u. a. im Kultusbereich. Ich bin Mitglied im Kultusausschuss und auch im Landwirtschaftsausschuss.

Im Ehrenamt habe ich vor meiner Tätigkeit hier im Landtag diverse Erfahrungen gemacht: politisches Ehrenamt, Vorsitzende in einem Sportverein, ehrenamtliche RichterIn usw.

Ich freue mich hier auf eine gute Zusammenarbeit.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Ich bin Wahlkreisabgeordneter der Stadt Hildesheim. Das ist der Wahlkreis 21. Seit 2013 bin ich Mitglied des Landtages. Meine Schwerpunktfelder im Landtag sind der Bereich Inneres und Sport und dort insbesondere die Kommunalpolitik. Ich bin kommunalpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Außerdem bin ich Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

Im Arbeitskreis für Innenpolitik ist bei einer Klausurtagung in Osnabrück schon vor einigen Jahren die Idee aufgekommen, dass insbesondere das kommunale Mandat mehr Aufmerksamkeit verdient. Wir stellen auch bei den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zu den Kommunalparlamenten - zu den Kreistagen, Stadträten und Gemeinderäten sowie auch Ortsräten - fest, dass aufgrund der verschiedensten Lebenslagen immer weniger Menschen zu einer Kandidatur bereit sind. Ich denke dabei an Menschen, die sozusagen in der Mitte des Lebens stehen, Familie haben, kleinere Kinder haben, die oftmals zu kurz kommen, wenn Mama oder Papa Politik machen. Ich denke aber auch an Menschen, die etwas älter sind und vielleicht Familienpflege vor der Brust haben, und auch an Menschen, die ganz kleine Kinder haben und sich in der Erziehungsphase befinden. Einige Menschen könnten in solchen Situationen gehindert sein, ein kommunalpolitisches Mandat wahrzunehmen.

Uns war es wichtig, dass wir uns dringend damit befassen müssen, die Rahmenbedingungen insbesondere in diesem Feld zu verbessern.

Darüber hinaus ist der Arbeitskreis aber auch für den Bereich der Feuerwehren zuständig. Auch hier könnten Mama und Papa oftmals gehindert sein, ein Ehrenamt wahrzunehmen.

Wenn, wie wir erfahren mussten, landauf, landab Hass, Bedrohungen und kriminelle Handlungen gegenüber Menschen, die Ehrenämter ausüben, zunehmen, müssen wir uns dringend mit dieser Materie beschäftigen.

Deswegen bin ich froh, dass jetzt diese Enquetekommission eingesetzt worden ist. Ich freue mich auf eine spannende und interessante Zeit mit Ihnen.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD): Ich vertrete den Wahlkreis 9. Er umfasst Wolfenbüttel, Cremlingen und Sickinge. Ich bin seit 2017 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und auch im Ausschuss

für Inneres und Sport tätig. Dort bin ich für die SPD-Fraktion sportpolitische Sprecherin. Außerdem gehöre ich dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

Es freut mich sehr, dass ich in der Ehrenamt-Enquetekommission mitwirken kann. Ich bin nämlich auch noch ehrenamtlich politisch tätig. Ich bin ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Evessen mit einer gemeindeeigenen Einrichtung als Kindergartenstätte. Ich habe 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu betreuen. Hinzu kommen die Kinder, die unsere Einrichtung besuchen. Außerdem gibt es noch viele andere Aufgaben. In meiner Gemeinde sind viele Menschen in Initiativen für die Gemeinde aktiv.

Ferner bin ich ehrenamtliche Ratsvorsitzende im Samtgemeinderat der Samtgemeinde Sickte.

Warum bin ich sportpolitische Sprecherin geworden? Es freut mich, dass meine Fraktion mir diesen Auftrag erteilt hat. Ich bin über mehrere Jahre ehrenamtlich auch in der Vereinsstruktur im Sport tätig.

Das ehrenamtliche Engagement setzt sich in unserer Familie fort. Mein Sohn ist begeisterter Jugendfeuerwehrkamerad.

Damit sind alle wesentlichen Verknüpfungen gegeben. Das Wichtigste hat Bernd Lynak schon erwähnt. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Abg. **Hanna Naber** (SPD): Bevor ich 2017 in den Landtag gewählt wurde, war ich schon 30 Jahre lang in der SPD ehrenamtlich tätig. Ich war auch Geschäftsführerin der AWO und hatte dort im Bereich Verbandliches mit Ehrenamt in allen möglichen Facetten zu tun.

Derzeit bin ich für die SPD-Landtagsfraktion u. a. im Sozialausschuss tätig sowie kulturpolitische Sprecherin. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass in der Enquetekommission auch AKKU und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vertreten sind.

Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD): Ich gehöre seit 2017 dem Landtag an und bin der gewählte Abgeordnete für den Bereich Garbsen und Wedemark.

Seit einigen Jahren bin ich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig, und ich bin seit 53 Jahren

auch Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in meinem Heimatort und auch dort mit ehrenamtlichen Aufgaben betreut gewesen. Insofern freue ich mich, in der Enquetekommission zur Förderung des Ehrenamts mitwirken zu können.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Ich komme aus dem Wahlkreis Bad Pyrmont und bin stellvertretendes Mitglied der Enquetekommission. Außerdem bin ich stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und innenpolitischer Sprecher.

Ich bin schon seit vielen Jahrzehnten in der Kommunalpolitik tätig und habe dort 30 Jahre Fraktionsvorsitz hinter mir. Das habe ich jetzt abgegeben.

Auch ich bin sehr interessiert daran, dass wir in diese Enquetekommission die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht nur im politischen, sondern im gesamten ehrenamtlichen Bereich durchleuchten und schauen, wo wir Dinge für die ehrenamtliche Arbeit verbessern und erleichtern können. In Zeiten wie diesen wird ganz besonders deutlich, dass wir das Ehrenamt brauchen und dass diese Demokratie ohne Ehrenamt keine Überlebenschance hat.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Ich bin seit 2008 Mitglied des Landtages, wohne in Hannover und bin weder Mitglied noch stellvertretendes Mitglied dieser Enquetekommission. Mitglied aus unserer Fraktion ist mein Kollege Volker Bajus aus Osnabrück. Stellvertretendes Mitglied ist Susanne Menge aus Oldenburg. Beide sind leider kurzfristig erkrankt. Als in Hannover lebendes Mitglied meiner Fraktion durfte ich kurzfristig einspringen. Ich muss die Kommission leider relativ schnell wieder verlassen. Unsere Referenten, Frau Martin, bleibt aber hier und wird uns dann berichten.

Natürlich freuen wir uns auf die Arbeit der Kommission. Ich will nicht all das wiederholen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner zu Recht gesagt haben, und will mich dem anschließen. Auch Herr Bajus freut sich, wenn er wieder fit ist, mit Ihnen hier in der Kommission zu zusammenarbeiten.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Ich bin Abgeordneter aus dem Landkreis Celle und darf in dieser Enquetekommission den Posten des Sprechers der CDU-Fraktion übernehmen. Von Hause aus bin ich eigentlich im Finanzbereich aktiv. Ich bin Bankkaufmann und insofern, naheliegender

Weise, Mitglied des Haushaltsausschusses sowie des Petitionsausschusses. Dem Landtag gehöre ich seit 2017 an. Das ist also meine erste Wahlperiode.

Mit dem Ehrenamt bin ich, wie sich das für einen Abgeordneten gehört, tief verwurzelt. Ich komme vom Dorf und habe sozusagen die klassische Dorfkarriere voll: Sportverein, seit vielen Jahren Feuerwehr, Schützenverein. - Überall wo man Mitglied sein kann, ist man Mitglied. Das heißt, das Ehrenamt ist bei mir allgegenwärtig. Deswegen bin ich gern Mitglied dieser Enquetekommission geworden. Denn - das ist eine Binsenweisheit; ich brauche das alles nicht zu wiederholen - ohne Ehrenamt geht es nicht. Erfreulich ist, dass in Niedersachsen fast jeder zweite ehrenamtlich aktiv ist. Niedersachsen ist also ein Land der Ehrenamtlichen.

Vor diesem Hintergrund könnte man meinen, dass es keinen Anlass für eine solche Enquetekommission gibt; denn im Land läuft doch alles. - Wir wollen es noch besser machen und vor allem nicht schlechter werden lassen. Deswegen ist, so glaube ich, diese Enquetekommission ein wunderbarer Ort, um gemeinsam mit den Expertinnen und Experten und den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten Ideen zu entwickeln, wie wir das Ehrenamt zumindest so stark halten können, wie es derzeit ist, und vielleicht sogar noch stärker werden lassen können. Ich freue mich sehr auf die Arbeit. Wir haben in kurzer Zeit sehr viel zu tun. Lassen Sie uns das zum Wohle der Ehrenamtlichen im Land entschlossen angehen!

Abg. **Eike Holsten** (CDU): Ich möchte mich zunächst einmal bedanken, dass Sie mich zum stellvertretenden Vorsitzenden dieser Enquetekommission gewählt haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Petra Tiemann und mit allen Kolleginnen und Kollegen sowie den externen Sachverständigen und Sachverständigen in der Enquetekommission.

Ich bin verheiratet, habe drei Kinder, bin 37 Jahre alt und vertrete den Altkreis Rotenburg (Wümme). Das ist meine erste Wahlperiode als Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages. Ich bin ordentliches Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, aber auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes sowie Mitglied des Arbeitskreises für Inneres. Insofern bin ich verschiedentlich mit den Themen betraut, mit denen sich die Enquetekommission befassen wird.

Ehrenamtlich bin ich, wie viele hier, seit langer Zeit kommunalpolitisch aktiv. Ich bin mein halbes Leben ehrenamtlich - auch in Elternarbeit und anderen Dingen - engagiert. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Abg. **Veronika Koch** (CDU): Ich bin Abgeordnete der CDU-Fraktion. Ich bin ebenfalls seit 2017 im Landtag. Ich bin Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sowie Sprecherin der CDU-Fraktion für Verbraucherschutz. Zusätzlich bin ich Mitglied der Enquetekommission für die medizinische Versorgung in Niedersachsen - der Titel ist etwas länger; ich kürze das etwas ab -, und insofern habe ich schon etwas Erfahrung mit der Arbeit in einer Enquetekommission.

Selbstverständlich bin auch ich ehrenamtlich tätig. Ich bin Bürgermeisterin der Gemeinde Grasleben im Landkreis Helmstedt. Helmstedt ist derzeit in aller Munde. Morgen ist der 30. Jahrestag der Wiedervereinigung, was für Helmstedt ein wichtiges Datum ist.

Ich halte diese Enquetekommission für sehr wichtig, weil das Ehrenamt definitiv gestärkt werden muss. Ich habe das Gefühl, dass sich gerade in der Corona-Zeit zeigt, dass die ehrenamtlich aktiven Menschen, die diese Aufgabe eigentlich mit Leib und Seele wahrnehmen, vielfach etwas müde sind. Sie merken dadurch, dass vieles momentan zurückgefahren ist, wie wertvoll die Freizeit ist. Das erlebe ich in ganz vielen Bereichen. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt zupacken und die Ehrenamtlichen weiterhin motivieren. Ich glaube, dass das jetzt ein günstiger und wichtiger Zeitpunkt ist, sich für diese Arbeit einzusetzen.

Abg. **Frank Oesterhelweg** (CDU): Ich bin Abgeordneter aus dem Landkreis Wolfenbüttel und zurzeit Vizepräsident des Landtages. Seit dem 16. Lebensjahr bin ich ehrenamtlich im Vereins- und Verbandswesen aktiv. Ich bin vor allem deshalb Mitglied der Enquetekommission, weil ich mir darüber im Klaren bin, dass beispielsweise in Dörfern, wie meinem mit 800 Einwohnern, ohne Ehrenamt nichts mehr laufen würde. Deswegen bin ich hier. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP): Ich komme aus der Grafschaft Bentheim und gehöre dem Landtag seit verganginem Jahr - im Zuge der Europawahl als Nachrücker - an. Ich bin Sprecher

für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung.

Was die Wahlkreisstätigkeit angeht, so bin ich zuständig für die Grafschaft Bentheim, für das Emsland und für den gesamten Raum Osnabrück.

Ich möchte das nicht im Einzelnen wiederholen. Aber wichtig ist das Ehrenamt. Ich freue mich darüber, dass eine Kommission eingesetzt worden ist, die darauf hinarbeiten kann, dass dem Ehrenamt noch mehr Würde und Respekt entgegengebracht wird und es mit entsprechender Ausstattung versehen wird.

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU): Ich bin 37 Jahre alt, Mitglied der CDU-Fraktion und zum ersten Mal Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Ich bin studierter Politikwissenschaftler, habe in der Automobilzulieferbranche gearbeitet und bin wie viele auch der jüngeren Kolleginnen und Kollegen im Ehrenamt quasi mit der Politik großgeworden; vom Klassensprecher über den Jugendrat bis hin zum Stadtrat. Ich bin stellvertretender Bürgermeister, war einige Jahre lang Ortsvorsteher. Ich bin aktives Mitglied im Schützenverein und im Vorstand der örtlichen Lebenshilfe aktiv.

Ich bin Mitglied der Enquetekommission nicht nur geworden, weil ich Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen bin, sondern auch weil ich der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion bin. Das ist ein Bereich, den wir bisher zumindest noch nicht aktiv angesprochen haben und in dem es, bezogen auf das Ehrenamt, Situationen gibt, die wir massiv verbessern müssen, ein Bereich, in dem wir die Anreize dafür verbessern müssen, dass sich auch Jugendliche verstärkt im Ehrenamt engagieren, indem sie eine Anerkennung erfahren, etwa wenn sie sich hinterher für Ausbildung, Studium o. ä. interessieren.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Ich bin Abgeordneter aus der Region Hannover. Mein Wahlkreis ist Langenhagen. Ich bin seit 2013 Mitglied des Landtages. In der laufenden Legislaturperiode bin ich Mitglied des Präsidiums und des Innenausschusses. Für meine Fraktion bin ich der Sprecher für Brand- und Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst.

Bevor ich in den Niedersächsischen Landtag gewählt worden bin, bin ich ehrenamtlich als Kommunalpolitiker unterwegs gewesen, was auch heute noch der Fall ist. Ich war elf Jahre lang

Ortsbürgermeister. Das wichtigste Anliegen eines Ortsbürgermeisters sind die Belange seiner Vereine. Ich habe selbst vor 20 Jahren einen Verein, den Heimatverein in unserer Region, mit gegründet.

Ich erwarte von unserer Arbeit einen guten Impuls für die Menschen in Niedersachsen, damit sie sich zukünftig bzw. weiterhin ehrenamtlich engagieren.

André Kwiatkowski: Ich bin ehrenamtlicher Vizepräsident des Landessportbundes Niedersachsen. Ich freue mich, dass ich hier mitarbeiten darf.

Der Landessportbund Niedersachsen vertritt ca. 9 500 Vereine, das heißt, gezählt in Mitgliedschaften, knapp 2,6 Millionen Menschen. Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass viele von Ihnen im Ehrenamt auch im Sportbereich tätig waren bzw. noch tätig sind. Die Bedeutung des Ehrenamtes für den organisierten Sport in Niedersachsen muss ich von daher sicherlich nicht betonen. Das Ehrenamt ist unsere Basis. Von daher bedanken wir uns sehr, dass wir in dieser Kommission als Sachverständige mitwirken dürfen.

Ich selbst bin auch Vorsitzender der Sporthilfe Niedersachsen, wo wir über den Versicherungsschutz versuchen, das Ehrenamt zu stärken.

Der Landessportbund Niedersachsen hat diverse Aktionen und Programme zur Stärkung des Ehrenamtes. Dazu würden wir gern unsere Expertise einbringen

Dagmar Hohls: Ich bin seit 14 Jahren im Landkreis Hildesheim Vorsitzende des Kreistages. In diese Kommission bin ich berufen worden wegen meiner Mitgliedschaft im Präsidium des Niedersächsischen Landkreistages.

Anknüpfend an die Ausführungen von Bernd Lydak möchte ich sagen: Ich war immer voll berufstätig, hatte zu Hause zwei halbwüchsige Kinder. Mein Mann war ebenfalls voll berufstätig und hatte auch ein politisches Ehrenamt. Wir haben das alles geschafft. Das ist eine Frage der Organisation und der Prioritätensetzung. Meine beiden jetzt berufstätigen erwachsenen Töchter sind ebenfalls nebenbei ehrenamtlich tätig.

Prof. **Dr. Sebastian Unger:** Ich bin Jurist und habe an der Ruhr-Universität in Bochum einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschaftsrecht und Steuerrecht. Einer meiner Forschungsschwer-

punkte ist das Recht der Zivilgesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements insbesondere unter steuerrechtlichen Vorzeichen. Das ist wohl der Grund, warum ich in die Enquetekommission berufen worden bin. Ich bin zum ersten Mal in einer Enquetekommission tätig. Mein akademischer Lehrer hat mir mal gesagt: Wenn das Parlament ruft, muss man folgen. - Das habe ich sehr gern getan, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen

Prof. Dr Joachim Winkler: Ich bin Professor für Allgemeine Soziologie an der Hochschule in Wismar an der Ostsee. Ich bin zwar inzwischen emeritiert bzw. pensioniert, aber noch als Studiengangleiter eines Onlinestudiengangs tätig. Dieser Studiengang heißt: Management sozialer Dienstleistungen, was sicherlich auch mit unserem Thema hier in der Enquetekommission zu tun hat. Dort bin ich verantwortlich für die Module Soziologie, Sozialethik, Organisationsentwicklung und empirische Sozialforschung.

Meines Wissens habe ich das erste Buch über das Ehrenamt in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben, das heute noch immer zitiert wird. Ich habe mich im Grunde 30 Jahre lang mit ehrenamtlicher Tätigkeit beschäftigt; zahlreiche Veröffentlichungen. Das Ganze hat mit einer Studie über ehrenamtliche Funktionsträger im deutschen Sport, und zwar auf nationaler Ebene, begonnen. Daraus hat sich auch meine Dissertation ergeben, die dann publiziert worden ist.

Ich freue mich auf die Tätigkeit hier in dieser Kommission und fühle mich auch geehrt. Man beschäftigt sich 30 Jahre lang mit dem Ehrenamt im kleinen Kämmerlein. Am Anfang hat man in der Wissenschaft auch Gegner, die die eigenen Theorien vernichten wollen. Dieser Gegner ist vor einigen Jahren pensioniert worden. Jetzt bin ich, um das mal sportlich auszudrücken, vorne.

Sie merken, ich bin engagiert und kämpferisch und werde versuchen, meine Expertise einzubringen.

Vielleicht noch kurz zum privaten Hintergrund. Ich bin verheiratet und lebe in Wismar mit meiner Frau in einem alten renovierten Haus in der Altstadt von Wismar aus dem Jahr 1873. Ein Stück des Weltkulturerbes gehört mir. Ich bin 69 Jahre alt. Was für Sie vielleicht auch interessant ist: Die Hälfte meiner Gene ist niedersächsisch. Ich bin geboren in Steyerberg im Kreis Nienburg.

Ich freue mich auf die Arbeit und wünsche uns allen viel Spaß.

Falk Hensel: Ich darf hier die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vertreten, die sich hier in Niedersachsen in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen haben. Von daher noch einmal Dank in die Runde, dass wir uns beteiligen und einbringen dürfen.

Wir haben in den Wohlfahrtsverbänden natürlich sehr viel - auf den verschiedensten Ebenen - mit Ehrenamt zu tun. Ich möchte das nicht alles erläutern. Zum Teil würde sich das wiederholen.

Ich selbst komme aus der Arbeiterwohlfahrt, also aus der AWO, bin dort Verbandssekretär und Mitglied der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes in Braunschweig. Ich habe dort die Aufgabe, das Ehrenamt mit zu vertreten, verfüge über die entsprechenden Einblicke und vertrete die AWO auch auf Bundesebene.

Persönlich bin ich seit 30 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv, aber auch Vorsitzender einer der bundesweit größten Freiwilligenagenturen. Das zeigt vielleicht auf, auf welchen Feldern wir uns als Wohlfahrt und ich mich auch persönlich bewegen.

Ich freue mich, mich hier einbringen zu dürfen.

Marion Övermöhle-Mühlbach: Ich bin Vorsitzende des Landesfrauenrates Niedersachsen. Der Landesfrauenrat Niedersachsen ist ein Verbund aus 65 Mitgliedsverbänden; aus Frauenverbänden natürlich. Wir vertreten knapp 2,2 Millionen Frauen hier in Niedersachsen. Das mache ich ehrenamtlich. Ich bin natürlich gewillt, das Ehrenamt weiter voranzubringen bzw. die Frauensituation hier einzubringen. Häufig müssen Frauen Beruf, Familie und Ehrenamt erst einmal unter einen Hut bringen.

Zu mir selber: Ich bin 51 Jahre, komme aus der Gemeinde Hohenhameln, bin kaufmännische Geschäftsführerin in unserem natursteinverarbeitenden Betrieb. Ich bin also voll berufstätig. Ich bin verheiratet, lebe in einer Patchwork-Familie, habe zwei große Söhne, bin mittlerweile auch schon Oma.

Ich möchte für das Ehrenamt das, was ich weiß, in die Arbeit dieser Enquetekommission einbringen.

Zu meinem Ehrenamt in der Politik: Ich bin im Rat der Gemeinde Hohenhameln, bin in der Frauen-Union aktiv. Mein für den Landesfrauenrat entsendender Verband ist die Frauen-Union der CDU in Niedersachsen.

Ich freue mich, dass wir als Landesfrauenrat hier mit aktiv sein können.

Karl-Heinz Banse: Ich habe die Ehre und das Recht, die Feuerwehren und damit auch der Freiwilligen Feuerwehren unseres Landes zu vertreten. Ich bin der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes.

1973 bin ich in die Freiwillige Feuerwehr Bad Lauterberg im Harz eingetreten, damals in die Jugendfeuerwehr. Ich habe alle öffentlichen Ämter der Feuerwehren von der Ortsebene bis zur Landesebene durchlaufen. Im hoheitlichen Bereich bin ich Regierungsbrandmeister für die Polizeidirektion Göttingen.

Außerdem bin ich ehrenamtlich Vorsitzender der Feuerwehr-Unfallkasse und Mitglied des Präsidialamtes des Deutschen Feuerwehrverbandes. Ich bin Vorsitzender einiger Beiräte.

Für Kommunalpolitik habe ich keine Zeit mehr, obwohl man mir viele Dinge zutragen wollte. Das Ehrenamt bei der Feuerwehr füllt mich weitestgehend aus.

Ich wohne seit zwei Jahren in Diekholzen. Das liegt vor den Toren Hildesheims.

Ich möchte einmal schauen, was wir in dieser Kommission erreichen können. Bei den Feuerwehren sind wir bereits seit einigen Jahren unterwegs, was die Stärkung des Ehrenamtes angeht. Wir haben zusammen mit dem Land und den öffentlichen Versicherern das Programm „Ja zur Feuerwehr“ aufgelegt. Vielleicht hat von Ihnen schon mal jemand mit Werbemotiven beklebte Busse oder Spots im Kino gesehen. Das Ganze ist gut gelaufen.

Wir haben im Augenblick das große Glück, dass wir zumindest im Bereich der Kinder- und Jugendfeuerwehren ansteigende Zahlen zu verzeichnen haben. Wir haben fast 45 000 Mitglieder in diesem Bereich. Im Bereich der Einsatzabteilungen mussten wir leider ein kleines Minus verzeichnen. Im Vergleich zu dem, was man uns im Rahmen der Studien zur demographischen Entwicklung prognostiziert hatte, ist die Situation aber weitaus besser als erwartet. Wie stehen eigentlich ganz

gut da, sehen aber gleichwohl erheblichen Handlungsbedarf. Einige Themen sind heute bereits angesprochen worden. Dabei geht es um Werte sowie um die Frage, wie die Ehrenamtlichen in der Gesellschaft dastehen und wie man mit ihnen umgeht. Wie geht man gerade mit Ehrenamtlichen um, die einen gesetzlichen Auftrag erfüllen, nämlich mit den Angehörigen der Feuerwehren? Gewalt gegen Einsatzkräfte ist bundesweit in der Diskussion. Da besteht eine Menge Handlungsbedarf.

Dr. Florian Hartleb: Vielen Dank, dass Sie mich als externen Sachverständigen eingeladen haben. Ich bin 41 Jahre alt und stamme, wie man vielleicht hört, aus Niederbayern, aus Passau. Ich komme aus einer Gemeinde im Landkreis Passau und war dort aktives Mitglied der Feuerwehr. Dort gab es bei 4 000 Einwohnern vier Freiwillige Feuerwehren. Eine Freiwillige Feuerwehr ist 200 m von dem Wohnhaus meiner Eltern entfernt.

Ich habe 2004 promoviert und mich schon lange wissenschaftlich mit Populismus beschäftigt. Erst vor einigen Wochen hatte ich eine gemeinsame Veranstaltung mit der Landesvertretung Niedersachsen in Brüssel zu dem Thema „Fake News“ und zum Umgang damit, einem Thema, das Sie auf der politischen Seite sehr beschäftigt.

Ich war auch schon mal hier im Landtag, und zwar zum Thema Rechtsterrorismus, weil auch das ein Thema von mir ist - Online-Radikalisierung. Das Thema ist nach den Anschlägen von Halle und Hanau noch relevanter geworden, als es vorher schon war, als ich das Buch dazu geschrieben habe.

Ich habe einen kleinen Sohn. Er ist dreieinhalb Jahre alt. Er wächst zweisprachig auf. Ich lebe nämlich seit 2014 in Tallinn in Estland. Dort beschäftige ich mich auch mit dem Thema „digitale Transformation“. Estland gilt ja ein bisschen als digitaler Vorreiter. Vor Corona gab es dort Besuche von Delegationen verschiedenster Arbeitskreise und Arbeitsgruppen - bis hin zur Bundeskanzlerin -, der Bundesbank und von Familienunternehmern, die sich das angeschaut haben. Das kleine Land hat seit Ende der 90er-Jahre im Grunde vollständig digitalisiert und war nach der letzten Pisa-Studie in Europa auf Platz eins. Gerade in Corona-Zeiten sprechen wir darüber, inwieweit man die digitale Schule ermöglichen kann oder sogar muss.

Ich freue mich, dass ich mich in die Arbeit der Enquetekommission einbringen darf, und stehe Ihnen natürlich auch zur Verfügung, was die wissenschaftliche Begleitung für den Bericht und alles Weitere anbetrifft. Man sollte am Anfang schon das Ende mitdenken. Sie haben angesprochen, dass wir einen strikten Zeitplan haben und die Kommunalwahl vor Ihnen steht. Auch ich hoffe, dass wir alle uns dann Ende Juni zufrieden von dieser Enquetekommission verabschieden können.

Insa Lienemann: Ich bin vom Arbeitskreis der Freien Kulturverbände - zusammen mit Herrn Dr. Thomas Krueger, der sich gleich vorstellen wird - angesprochen worden, ob wir hier das Interesse der freien Kulturverbände auf Landesebene einbringen wollen. Dazu sind wir natürlich sehr gern bereit. Wir freuen uns darüber, dass wir in der Enquetekommission mitwirken dürfen.

Die Kultur und die kulturelle Bildung sind ein Feld, das insgesamt sehr stark vom Ehrenamt geprägt ist.

Hauptberuflich bin ich Geschäftsführerin der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung, ein Dachverband von 32 Mitgliedsverbänden. Wir haben vor mehr als zehn Jahren eine Erhebung durchgeführt. Die hauptamtlichen Geschäftsstellen in diesem Feld kann man an zehn Fingern abzählen. Etwa der Niedersächsische Musikverband - das ist einer unserer Mitgliedsverbände - ist komplett ehrenamtlich. Er hat 35 000 Mitglieder. Das Feld weiß, was Ehrenamt ist.

Ich bin sehr froh darüber, dass diese Kommission den Namen „*Rahmenbedingungen* für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ trägt. Bei Ehrenamt geht es um ein großes Potenzial, um eine Kraft. Formulierungen wie „Stärkung des Ehrenamtes“ sind mir nicht genehm. Ich finde, das Ehrenamt ist stark. Wir müssen uns aber um die Verbesserung der Rahmenbedingungen kümmern. Dabei wirke ich sehr gern mit.

Was das Ehrenamt selber angeht, so bin ich stellvertretende Vorsitzende der Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung. Das ist unser Bundesdachverband. Die Vereine, in denen ich privat Mitglied bin, haben mit meiner Biografie zu tun. Ich stamme aus Ostfriesland, und selbstverständlich bin ich Mitglied im Verein Oostfreeske Taal, weil ich gern dafür sorgen möchte, dass das Ostfriesische als Sprache weiter Zukunft hat. Ich bin aber auch Mitglied in dem Verein „Brandung

e. V.“, in Brandenburg an der polnischen Grenze, der gerade gegründet wurde. Dort versucht eine Künstlerin, einiges zu bewegen, wobei die Situation sehr extrem ist. Dazu können wir vielleicht auch Ihre Expertise gebrauchen. Dort versuchen Menschen, etwas für ein kleines Dorf zu bewegen. Es macht Freude, zu erleben, wie sich Menschen engagieren.

Es ist mir wichtig, mich zu engagieren, und ich danke für die Berufung. Wir werden mit dem gesamten Potenzial, das wir in den freien Kulturverbänden haben, den Diskurs weiterführen. Ich bin gespannt auf unsere weitere Arbeit.

Thomas Krueger: Ich bin hier der Stellvertreter von Frau Lienemann, wobei wir uns im AKKU - bzw. Frau Lienemann und ich - darauf verständigt haben, dass wir uns quasi als Tandem verstehen. Angesichts der Bedeutung der Arbeit arbeiten wir jeweils wechselweise zu und werden uns abstimmen.

Von Beruf bin ich sozusagen hauptamtlicher Ehrenamtler. Ich bin nämlich Geschäftsführer des Niedersächsischen Heimatbundes, der 1905 gegründet wurde und heute etwa 400 Heimat- und Bürgervereine und alle Verbände sowie Organisationen in Niedersachsen, die sich mit der Heimatspflege beschäftigen, vertritt. Unser Spektrum ist, wie auch das Spektrum dessen, was die Heimatsvereine in ihrer Tätigkeit tun, sehr breit gesetzt. Unser Aufgabenspektrum reicht vom Naturschutz - wir sind anerkannter Naturschutzverband in Niedersachsen und damit auch Träger öffentlicher Belange - über die Denkmalpflege und die Regionalgeschichte sowie Regionalkultur bis hin zu Niederdeutsch und Saterfriesisch, was uns auch ganz wichtig ist.

Von Hause aus bin ich Historiker. Beruflich bin ich zunächst in der kommunalen Verwaltung im Kulturbereich unterwegs gewesen. Dann war ich viele Jahre Leiter eines Museums. Ich komme vom Dorf, bin auf einem Dorf großgeworden und lebe auf dem Dorf.

Daraus ergeben sich auch meine ehrenamtlichen Erfahrungen, die ich hatte und habe. Ich war viele Jahre kommunalpolitisch aktiv; u. a. als stellvertretender Ortsbürgermeister. Ich bin kirchlich engagiert gewesen - ich habe auch Theologie studiert - in der Kirchengemeinde und im Kirchenkreisvorstand.

Ich bin sportlich als Vorstand eines Reit- und Fahrvereins unterwegs gewesen. Kulturell war ich tätig als leidenschaftlicher Geiger mit meinen begrenzten Möglichkeiten in einem Orchester. Ich bin Chorsänger.

Natürlich bin ich auch Feuerwehrmitglied, wenn auch fördernd. Als Hausbesitzer ist es, so sage ich, meine Pflicht und Schuldigkeit, Mitglied der Feuerwehr zu sein; mindestens fördernd.

Ich war viele Jahre im Vorstand eines Heimat- und Geschichtsvereins, kenne also meine jetzige hauptamtliche Tätigkeit auch aus der Ehrenamtsperspektive. Ich bin viele Jahre im Vorstand des Museumsverbandes Niedersachsen und Bremen gewesen.

Sozial bin ich nach wie vor als ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer unterwegs.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit hier, weil ich - wie wir alle hier im Raum, wie wir gehört haben - davon überzeugt bin, dass es ohne Ehrenamt nicht geht. Es gibt im Ehrenamt viele Baustellen, an die man herangehen muss.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Eigentlich hätten sich in diesem Rahmen noch zwei weitere Mitglieder der Kommission vorgestellt.

Frau Reus hat Urlaub, kann also urlaubsbedingt nicht an dieser Sitzung teilnehmen. Sie arbeitet bei der Stadt Hannover und koordiniert dort das Ehrenamt in einer hauptamtlichen Stelle.

Krankheitsbedingt kann Herr Risse, der uns für den Landesjugendring und für den Bund der katholischen Jugend als Experte zur Verfügung steht, nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen.

Als letztes möchte ich mich vorstellen. Ich komme aus dem wunderschönen Landkreis Stade, direkt an der Elbe. Ich bin in meiner dritten Legislaturperiode Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich ehrenamtlich tätig. Ich bin ehrenamtliche Übungsleiterin im Sport und war die zweite Frau in Niedersachsen, die die Trainer C-Lizenz im Fußball gemacht hat. Dabei reden wir jetzt über die 80er-Jahre. Das heißt, ich habe den Sport sehr intensiv und auch das Ehrenamt in verschiedenen Facetten erlebt. Ich habe in verschiedenen Vorständen ehrenamtlich und auch im kommunalpolitischen Ehrenamt - im nächsten Jahr dann 20 Jahre lang - gearbeitet.

Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verändern und zu verbessern, ist mir wirklich eine Herzensangelegenheit.

Wenn man sich die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die auch hier in Niedersachsen in den vergangenen Jahren zu bewältigen waren, anschaut - damit meine ich den großen Strom der Schutzsuchenden, die nach Niedersachsen gekommen sind und hier Schutz gefunden haben - und sich vorstellt, dass wir an vielen Stellen kein Ehrenamt gehabt hätten, stellt man fest, dass die Dinge sicherlich nicht so gut in Niedersachsen verlaufen wären.

Auch in der Corona-Pandemie haben wir sehen können, wozu das Ehrenamt bzw. die Menschen in der Lage sind. In meinem 2000-Seelen-Dorf - damit habe ich mich als aus dem ländlichen Raum kommend geoutet - hat der Sportverein gesagt: Wir kaufen für euch ein, wenn ihr das nicht selber machen könnt. - Allein das ist für mich Motivation genug, mich hier einzubringen, um an den Rahmenbedingungen zu arbeiten.

Jetzt schließt sich der Kreis. Auch mit Blick auf den sozialen Frieden und die soziale Einheit in Niedersachsen sind wir dem Ehrenamt in den verschiedenen Facetten, über die wir heute Morgen schon gesprochen haben, zu Dank verpflichtet.

Tagesordnungspunkt 2:

Erörterung von Verfahrensfragen, Sitzungstermine

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) wies darauf hin, dass der Landtag mit dem Einsetzungsbeschluss lediglich die zwingend erforderlichen Verfahrensregelungen für die Arbeit in der Enquetekommission getroffen habe. Daneben gebe es weitere Punkte zum Verfahren in den Sitzungen der Kommission, über die gegebenenfalls entschieden werden sollte.

Öffentlichkeit, Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit der Sitzungen

Laut Einsetzungsbeschluss des Landtages in der Drs. 18/6898 würden für die Sitzungen der Enquetekommission die Regelungen der Geschäftsordnung des Landtages über die Sitzungen der Ausschüsse sinngemäß gelten.

Die Mitglieder des Landtages, die dieser Kommission angehörten, seien damit vertraut. Den externen Mitgliedern und stellvertretenden externen Mitgliedern der Kommission sei die derzeit gültige Geschäftsordnung vorab per E-Mail zusammen mit Hinweisen zur Teilnahme an Sitzungen, wenn diese im Rahmen einer Videokonferenz stattfinden, sowie einer Liste der Mitglieder der Kommission und Hinweisen zu Sitzungsentschädigung bzw. Tagegeld, Reisekosten und Übernachtungsgeld übersandt worden.

Die Sitzungen der Enquetekommission seien grundsätzlich öffentlich, es sei denn, die Kommission beschliesse, dass in nicht-öffentlicher Sitzung getagt werde. Die Kommission könne in besonderen Fällen auch Teile ihrer Verhandlungen für vertraulich erklären. Dies komme z. B. dann zum Tragen, wenn schutzwürdige Daten Dritter oder Betriebsgeheimnisse behandelt würden.

Einbeziehung der stellvertretenden Kommissionsmitglieder

Zur Regelung etwaiger Vertretungen sollten die stellvertretenden Kommissionsmitglieder die Sitzungseinladungen zur Kenntnis erhalten; sie können ansonsten als Zuhörer ohnehin jederzeit an den Sitzungen teilnehmen. Ihnen solle auch der Zugang zu allen Materialien ermöglicht werden.

Stellvertretende Mitglieder, die in der jeweiligen Sitzung keine Stellvertretung wahrnahmen, sondern als Zuhörer teilnahmen, hätten allerdings kein Rederecht.

Zulassung von Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern

Nach der Regelung in der derzeit gültigen Landtagsgeschäftsordnung könne zur Unterstützung der Ausschussmitglieder pro Fraktion eine Fraktionsmitarbeiterin bzw. ein Fraktionsmitarbeiter auch an den nicht-öffentlichen Sitzungen teilnehmen. Bei früheren Enquetekommissionen sei die Teilnahme von Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern an den zum damaligen Zeitpunkt noch grundsätzlich nicht-öffentlichen Ausschusssitzungen nach der Geschäftsordnung nicht zulässig gewesen. Gleichwohl habe man sich darauf verständigt, Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ohne zahlenmäßige Begrenzung zu den - seinerzeit grundsätzlich nicht-öffentlichen - Sitzungen zuzulassen, z. B. um zu verhindern, dass insbesondere kleinere Fraktionen, die nur mit einem Mitglied in der Kommission vertreten seien, in den Fällen, in denen ihr Kommissionsmitglied verhindert sei und auch keine Vertretung organisiert werden könne, von einer zeitnahen Information über die behandelten Inhalte abgekoppelt seien.

Die Vorsitzende warf die Frage auf, ob Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auch für die nicht-öffentlichen Sitzungen der Enquetekommission ohne zahlenmäßige Begrenzung zugelassen werden sollten. - Die **Enquetekommission** schloss sich dem einstimmig an.

Terminplanung, Sitzungsrhythmus

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) wies des Weiteren darauf hin, dass der Einladung zur heutigen Sitzung eine Übersicht über mögliche Sitzungstermine beigelegt worden sei, die vorab mit den Arbeitskreissprechern abgestimmt worden sei. Hierbei hätten sich - insbesondere vor dem Hintergrund der übrigen terminlichen Verpflichtungen der Kommissionsmitglieder und der durch die Corona-Krise bedingten räumlichen Erfordernisse - der Mittwochnachmittag und der Freitagvormittag als die am ehesten in Frage kommende Termine herauskristallisiert.

Die **Kommission** verständigte sich einvernehmlich auf den Terminplan, der den Kommissionsmitgliedern als Entwurf im Vorfeld der Sitzung zugeleitet worden war, wobei allerdings die Sitzungstermine am 4. und am 18. Dezember nicht wahrgenommen werden sollen und der Sitzungsbeginn am 13. Januar 2021 auf 14 Uhr festgelegt wurde.

Auf eine Frage des Herr **Thomas Krueger** legte Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) dar, im Landtag sei es an sich üblich, dass Ausschusssitzungen maximal 3 Stunden dauerten. Auch für die Enquetekommission sei dies sicherlich ein akzeptabler Rahmen. Sofern eine Ganztagsitzung benötigt werde, etwa weil eine Anhörung durchgeführt werden solle oder spezielle Aspekte ausführlicher behandelt werden sollten, werde dies zuvor angekündigt.

Zuarbeit durch Landesregierung und nachgeordnete Behörden

Die Vorsitzende fuhr fort, die Enquetekommission könne jederzeit die Landesregierung bitten, z. B. über bestimmte Aspekte oder Teilaspekte oder über die Situation des Ehrenamtes insgesamt zu berichten.

Sie wies darauf hin, dass es bei der Arbeit der Enquetekommission auch um eine Bestandsaufnahme gehe. Von daher sollte die Landesregierung schnellstmöglich um eine breite Unterrichtung zum Ehrenamt gebeten werden. In Anbetracht des stringenten Sitzungsplans und der Kürze der Zeit, die der Kommission insgesamt zur Verfügung stehe, sollte eine Unterrichtung zumindest zu Teilaspekten bereits für die nächste Sitzung am 9. Oktober vorgesehen werden.

Die Vorstellungsrunde habe gezeigt, in wie vielen Bereichen allein die Mitglieder der Enquetekommission ehrenamtlich tätig seien, und eine Ahnung davon vermittelt, wie viele Teilaspekte zu beleuchten seien, wenn man sich mit dem Thema Ehrenamt befasse.

Der Zeitplan, den die Kommission sich gesetzt habe, sei auch deshalb so ambitioniert, weil zum einen die Rahmenbedingungen verändert werden sollten, was das kommunale Mandat betreffe, und zum anderen im September des kommenden Jahres Kommunalwahlen anstünden.

Unter den Sprecher der Fraktionen sei, auch um ein wenig den zeitlichen Druck zu nehmen, diskutiert worden, mit dem Aspekt des politischen Ehrenamtes zu beginnen, um dann vielleicht sogar schon im März hierzu einen Zwischenbericht vorzulegen, damit, sofern Entscheidungen im politischen Raum getroffen werden sollten, dies noch rechtzeitig vor der Kommunalwahl möglich sei.

Insa Lienemann meinte, wenn darüber diskutiert werde, mit Blick auf welche Formen des Ehrenamtes die Kommission ihre Arbeit beginnen wolle, wäre es zweckmäßig, eine Verständigung darüber herbeizuführen, über welche Formen des ehrenamtlichen Engagements die Kommission insgesamt sprechen wolle und inwieweit hier - etwa nach politischem Ehrenamt, sozialem Ehrenamt, karitativem Ehrenamt anderer Form, Ehrenamt im kulturellen Bereich? - differenziert werden solle.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) entgegnete, er gehe nicht davon aus, dass die Kommission in Kategorien denken sollte. Gleichwohl gebe es allerdings unterschiedliche Handlungsfelder, und anhand dieser Handlungsfelder hätten sich die Fraktionen auf die Auswahl der externen Sachverständigen verständigt, um bestmögliche Lösungen für das gesamte Ehrenamt erzielen zu können.

Im kommenden Jahr fänden Kommunalwahlen statt, und immer wieder werde Klage darüber geführt, wie schwierig es sei, sowohl Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber als auch Bewerberinnen und Bewerber, die einer Partei angehörten, für eine Kandidatur für ein kommunales Parlament zu gewinnen.

Die Landesregierung werde in Kürze einen Gesetzentwurf zur Änderung der Kommunalverfassung einbringen. Ein gewisser Teil dieses Gesetzentwurfs betreffe das kommunale Ehrenamt. Um den Innenausschuss bei den Gesetzesberatungen zu entlasten und auch um die Arbeit der Enquetekommission aufzuwerten, solle dieser Teil nicht nur im Innenausschuss, sondern in erster Linie in der Enquetekommission beleuchtet werden.

Widerspruch dagegen, die Arbeit der Kommission mit den Aspekten des Ehrenamtes im kommunalpolitischen Kontext zu beginnen, erhob sich nicht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) fuhr fort, für die kommende Sitzung könnte die Landesregierung um Unterrichtung zu bisher erfolgten Maßnahmen

men, Programmen, Förderinstrumenten, Hilfestellungen sowie Ergebnissen bestehender Arbeitskreise seitens des Landes Niedersachsen im Kontext des Einsetzungsbeschlusses insgesamt und insbesondere zu Ziffer 4 gebeten werden.

Sie erläuterte, für den Bereich des Ehrenamtes sei nicht ausschließlich das Innenministerium zuständig. Vielmehr seien im Grunde alle Ministerien mit Aspekten des Ehrenamtes befasst.

Sollte die Landesregierung schon zu Beginn der Arbeit der Enquetekommission alle diese Bereiche zusammentragen, würde dies mit Blick auf die dafür erforderlichen Arbeitskapazitäten sicherlich problematisch. Von daher schlage sie im Sinne einer Entzerrung - und damit sich die Kommission erst einmal auf das kommunalpolitische Ehrenamt konzentrieren könne - vor, dass die Landesregierung zunächst einmal eine ausführliche Unterrichtung in dem oben genannten Sinne gebe. Sollte auch aus anderen Ministerien bereits berichtet werden können, bitte sie, die Kommission hierüber in Kenntnis zu setzen. Der Erleichterung der Arbeit der Kommissionsmitglieder würde es sicherlich dienen, wenn die Unterrichtungen im Vorfeld der jeweiligen Sitzung, für die eine Unterrichtung auf die Tagesordnung gesetzt sei, der Kommission bereits schriftlich zugeleitet würden.

Widerspruch erhob sich nicht.

Bereitstellung von Material

Nachdem der Landtag, so die Vorsitzende weiter, seine Beratungen mittlerweile weitgehend papierlos durchführe, würden die Einladungen und die Niederschriften sowie sonstiges Material grundsätzlich elektronisch verteilt. Darüber hinaus werde die Landtagsverwaltung eine Lösung finden, das zu erwartende umfangreiche Material an zentraler Stelle über das Intranet bereitzustellen, sodass auch die externen Kommissionsmitglieder darauf Zugriff hätten.

Protokollierung der Sitzungen

Die Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass für die Enquetekommission grundsätzlich die Regelungen für Beratungen in den Ausschüssen gelten. Dies bedeute, dass über die „normalen“ Sitzungen der Kommission seitens des Stenografischen Dienstes ein gestrafftes Verlaufsprotokoll

verfasst werde. Anhörungen würden ebenfalls auf diese Weise oder als Wortprotokoll dokumentiert. Darüber hinaus könnten aber etwa Sitzungsteile, die als besonders wichtig erachtet würden, oder auch Unterrichtungen wörtlich protokolliert werden.

Um die Arbeitsfähigkeit zu beschleunigen, sei beabsichtigt - dies beruhe auf den Erfahrungen in anderen Enquetekommissionen -, dass am Ende einer jeden Sitzung der Kommission eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse vorgenommen werde.

Hinweis auf Zuarbeit durch Landtagsverwaltung

Des Weiteren wies die Vorsitzende darauf hin, dass das Referat 7 der Landtagsverwaltung für die Kommission als Geschäftsstelle fungiere.

Tagesordnungspunkt 3:

Planung einer Anhörung im Rahmen eines Hearings im Januar 2021

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) erläuterte, zum einen habe sich die Kommission, wie bereits in der Vorstellungsrunde deutlich geworden sei, mit einer Vielzahl von Aspekten zu befassen, und zum anderen betätigten sich zahlreiche Menschen in Vereinen, Verbänden, Organisationen sowie eher lockeren Zusammenschlüsse ehrenamtlich.

Die Fraktionen hätten bei der Berufung der externen Sachverständigen eine Auswahl treffen müssen und hätten dabei bei Weitem nicht alle diese Vereine, Verbände und Organisationen berücksichtigen können. Der Kommission bleibe es jedoch, wenn sie eine Expertise zu einem bestimmten Thema als notwendig erachte, völlig unbenommen, Expertinnen und Experten, die nicht Mitglieder der Kommission seien, z. B. zu einer Anhörung einzuladen.

Da eine Vielzahl von Menschen, die in Niedersachsen ehrenamtlich tätig seien, sicherlich gute Ideen oder Anmerkungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt beitragen könnten, hätten es die Fraktionen als gute Idee erachtet, ein Hearing durchzuführen. Als Termin hierfür sei der 16. Januar 2021 in Aussicht genommen worden. Das Hearing solle dazu dienen, den Vereinen, Verbänden und Organisationen, die nicht bereits über ein Mitglied in der Kommission vertreten seien, die Gelegenheit zu geben, ihre Sicht der Dinge darzustellen und Anregungen, Vorschläge, aber auch Sorgen rund um das Thema „Ehrenamt“ entgegenzunehmen, um diese in die weitere Arbeit der Kommission einfließen zu lassen. Vorgesehen sei, dass jeder Vertreterin/jedem Vertreter dieser Vereine, Verbände und Organisationen 5 Minuten Zeit eingeräumt werde, an die sich gegebenenfalls Nachfragen der Kommissionsmitglieder anschließen könnten.

Dieses Hearing solle u. a. über die Verbände, die bereits in der Kommission vertreten seien, aber auch digital beworben werden. Um auch den Vereinen, Verbänden und Organisationen, die keine Vertreterin/keinen Vertreter nach Hannover zu dem Hearing entsenden könnten, die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, solle ein „Hearingbogen“ erarbeitet werden. Dieser Fragebogen

könnte auch allgemeine Fragestellungen enthalten, deren Beantwortung der Kommission bei der Beurteilung einzelner Aspekte - z. B. Situation im ländlichen Bereich, Situation im städtischen Bereich, Größe von Vereinen, Verbänden, Institutionen, Frage nach den größten Problemstellen sowie nach Möglichkeiten der Verbesserung der Rahmenbedingungen - durchaus hilfreich sein könnte. Damit würde den Menschen in Niedersachsen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv an dem wichtigen Prozess der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu beteiligen.

Dieser Hearingbogen sollte in der Kommission auf der Basis eines Entwurfs, der möglichst unter Mitwirkung der wissenschaftlichen Begleitung, auf die sie unter Tagesordnungspunkt 4 näher eingehen werde, erarbeitet werde, gemeinsam entwickelt werden.

Karl-Heinz Banse wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich eine Strukturkommission fast ein Jahr lang mit den Problemen in den Feuerwehren und insbesondere auch mit dem Aspekt des Ehrenamtes beschäftigt habe. Dabei seien über 100 Punkte herausgearbeitet worden, die sich aus den Stellungnahmen der Mitglieder des Feuerwehrverbandes ergeben hätten.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) gab zu bedenken, dass sich die Kommission mit dem Ehrenamt in der gesamten Breite der Thematik, beginnend mit dem kommunalen Ehrenamt, befassen wolle. Dabei werde sie sich selbstverständlich auch mit dem Bereich der Feuerwehren beschäftigen.

Bei dem Hearing gehe es darum, für alle die Vereine, Verbände und Organisationen, die einen Beitrag zu dem Thema „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt“ leisten wollten, eine Plattform zu bieten.

Die **Kommission** beschloss einstimmig, eine Anhörung im Rahmen eines Hearings in dem von der Vorsitzenden geschilderten Sinn durchzuführen.

Als Termin hierfür verständigte sie sich auf den 16. Januar 2021.

Tagesordnungspunkt 4:

Organisatorisches

Schlussbericht - Form und Methode der Erarbeitung

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) wies darauf hin, dass die Enquetekommission nach dem Einsetzungsbeschluss unter Einbeziehung der betroffenen Ministerien, der Landtagsfraktionen, der Wissenschaft und von Vereinen sowie Verbänden ihren Bericht bis zum 30. Juni 2021 - aus ihrer Sicht sei dies recht ambitioniert - abschließen und dem Landtag zuleiten solle.

Neben der üblichen Betreuung der Enquetekommission durch den Ausschussdienst sei es daher, insbesondere im Hinblick auf die Erstellung des Berichts über die Arbeit und die Ergebnisse der Enquetekommission, die durch den Einsetzungsbeschluss ausdrücklich aufgefördert sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, erforderlich, dass der Kommission von fachlicher Seite zu gearbeitet und eine wissenschaftliche Begleitung erfolge. Im Falle anderer Enquetekommissionen habe sich dies bereits bewährt.

MR **Wieseahn** (LTVVerw) erläuterte, bei den Aufgaben, die typischerweise von der wissenschaftlichen Begleitung im Fall einer Enquetekommission wahrgenommen würden, gehe es z. B. darum, Vorschläge für die Strukturierung des Arbeitsprogramms, das sich aus dem Einsetzungsbeschluss ergebe, aber durchaus noch verfeinert werden könne, zu unterbreiten, Ergebniszusammenfassungen zu fertigen, inhaltlichen Input insbesondere auch bezüglich weiterer Anzuhörender zu geben und einen Entwurf für den Schlussbericht zu fertigen.

Die Landtagsverwaltung habe sich in der Frage der wissenschaftlichen Begleitung bereits umgesehen und zwei Personen gefunden, die nach der derzeitigen Einschätzung durch die Landtagsverwaltung fachlich gut geeignet wären und auch kurzfristig, voraussichtlich ab November, zur Verfügung stünden.

Voraussichtlich in der kommenden Sitzung werde es möglich sein, einen konkreten Vorschlag mit entsprechenden persönlichen Angaben zu unterbreiten, um dann ein entsprechendes Votum der Kommission einzuholen.

Widerspruch gegen den Vorschlag, eine wissenschaftliche Begleitung in Anspruch zu nehmen, erhob sich nicht.

Frau **Dagmar Hohls** betonte, ihr liege daran, dass kein Bericht geschrieben werde, der bestenfalls von den an der Arbeit der Enquetekommission Beteiligten gelesen werde und im Übrigen in der digitalen Schublade verschwinde. Vielmehr sei es ihr sehr wichtig, dass ein Bericht vorgelegt werde, in dem konkrete Maßnahmen aufgezeigt würden.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) entgegnete, er gehe davon aus, dass alle Mitglieder der Kommission das Ziel verfolgten, einen Bericht zu erarbeiten, mit dem konkrete Maßnahmen vorgeschlagen würden. Sicherlich seien darunter dann auch Vorschläge, die auf Bundesebene umgesetzt werden müssten. Sitzungen im Sinne eines Gesprächskreises nach dem Motto „das war nett, schön, dass wir uns getroffen haben“, lägen auch nicht in seinem Interesse.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) schloss sich dem an.

Tagesordnungspunkt 5:

Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse dieser Sitzung

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) fasste zusammen, die Kommission habe sich darauf verständigt

- ihre Arbeit mit Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses zu beginnen sowie
- in der kommenden Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu bisher erfolgten Maßnahmen, Programmen, Förderinstrumenten, Hilfestellungen sowie Ergebnissen bestehender Arbeitskreise seitens des Landes Niedersachsen im Kontext des Einsetzungsbeschlusses insgesamt und insbesondere zu Ziffer 4 entgegenzunehmen.

Ferner habe sich die Kommission auf

- den Terminplan¹,
- die Durchführung eines Hearings am 16. Januar 2021 sowie
- die Inanspruchnahme einer wissenschaftlichen Begleitung

verständigt.

¹ Der Terminplan ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt.